



**Mit uns
bleibt Hessen Spitze !**

H E S S E N 2000

Wahlplattform
der CDU Hessen

zur Landtagwahl 1991

- ENTWURF -

**HESSEN
ZUKUNFT
CDU**

Hessen - das Herz Deutschlands im Europa der Zukunft

Die Vollendung der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit, die großen Fortschritte auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen Union Europas und die Politik der Liberalisierung in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas eröffnen Hessen in den kommenden Jahren neue Perspektiven.

Nicht nur in der Politik finden grundlegende Veränderungen statt. Neue Technologien wie die Informations- und Kommunikationstechnik, die Mikroelektronik oder die Gentechnik verändern immer schneller unsere Lebensumwelt. Die Welt rückt immer enger zusammen. Unser Land steht vor völlig neuen Herausforderungen. Wir müssen uns in immer weiteren Bereichen einer weltweiten Konkurrenz stellen. Aber das bedeutet für unser Hessenland und seine Bürgerinnen und Bürger auch große Chancen.

Wir sind auf die vor uns liegenden Aufgaben gut vorbereitet. Wir in Hessen haben wieder Grund, mit Zuversicht und Optimismus in die Zukunft zu blicken. Walter Wallmann und die Hessische CDU haben dafür wichtige Voraussetzungen geschaffen: Die rot-grüne Blockade ist beseitigt. Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit sind in die Politik unseres Landes zurückgekehrt. Eine starke Wirtschaft, solide Staatsfinanzen, soziale Gerechtigkeit, ein gutes Klima für den technischen Fortschritt und ein verantwortlicher Einsatz für unsere Umwelt sind Kennzeichen Hessischer Landespolitik. Hessen hat damit gute Chancen, das Herz Deutschlands im Europa der Zukunft zu werden.

Hessen 2000 muß seine wirtschaftliche Spitzenstellung behaupten und ausbauen. Hessen muß als Industriestandort attraktiv bleiben. Mit seiner leistungsfähigen und zunehmend umweltbewußteren Industrie und einem starken Dienstleistungssektor verfügt Hessen über eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur, die es konsequent auszubauen gilt. Denn nur so werden neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert.

Nordhessen ist von seiner Randlage in die Mitte Deutschlands gerückt. Zusammen mit den Impulsen, die von der wirtschaftsstarken Rhein-Main-Region ausgehen, ergeben sich gute Voraussetzungen für eine weitere Aufwärtsentwicklung für unser ganzes Land. Diese Chancen weiter zu nutzen ist eine wichtige Aufgabe der Landespolitik in den nächsten vier Jahren.

Hessen 2000 wird modern und weltoffen sein. Neue Technologien müssen deshalb als Voraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes weiter ausgebaut werden. Hessens Verkehrsinfrastruktur muß der Hessischen Mittellage in Deutschland und Europa Rechnung tragen. Diesem Ziel dienen etwa der Ausbau des Frankfurter Flughafens, die Komplettierung des Autobahnnetzes und die Anbindung Hessens an die internationalen Schnellbahnverbindungen nach West- und Osteuropa. Bahn und Auto werden in Zukunft weniger in einem Konkurrenzverhältnis stehen, sondern sich zunehmend ergänzen.

Hessen 2000 wird eine lebens- und liebenswerte Heimat bleiben. Ihr Schutz und ihre Gestaltung bleiben entscheidende Ziele unserer Politik. Hessen soll im Interesse seiner Bürger zu einem Musterland der Lebensqualität weiterentwickelt werden. Moderne und sichere Arbeitsplätze und ein gutes Wohnungsangebot zu erschwinglichen Preisen zählen genauso dazu wie die Bewahrung der natürlichen Grundlagen unseres Lebens. Durch die Aufnahme des Staatsziels Umweltschutz in die Hessische Landesverfassung soll der hohe Rang, der der Bewahrung der Schöpfung zukommt, festgeschrieben werden.

Hessen 2000 bietet seiner Jugend gute Chancen. Aufwendungen für die Jugend sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes. Bildung und Erziehung der Kinder stehen deswegen wieder im Mittelpunkt Hessischer Politik. Eine hervorragende Ausbildung ist die beste Vorbereitung auf den Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarn. Daher wollen wir die Leistungsfähigkeit und Qualität der Hessischen Schulen und Hochschulen erhalten und weiter verbessern.

Hessen 2000 ist dem menschlichen Miteinander verpflichtet. Der Fortschritt muß in Hessen ein menschliches Gesicht behalten. Familien- und Sozialpolitik sind mehr als schmückendes Beiwerk. Unsere Landespolitik mit Augenmaß hat in den vergangenen vier Jahren darauf geachtet, daß der neue Aufschwung in Hessen auch für ein hohes Maß sozialer Gerechtigkeit genutzt wurde. Für die Hessische CDU gehören Eigenverantwortung und Geborgenheit gleichermaßen zu den Grundlagen einer heimatverbundenen Politik.

Kinder und alte Menschen, Behinderte und Kranke haben einen Anspruch auf unsere Solidarität und bedürfen unserer besonderen Zuwendung. Mit unserem Engagement für ein kinderfreundliches Hessen und der besonderen Unterstützung älterer Mitbürger leisten wir dazu unseren Beitrag. Wir haben dem Rauschgift den Kampf angesagt. Wir setzen unsere Politik fort, für die Vorbeugung an erster Stelle steht, die den Opfern hilft und die Dealer mit aller Härte verfolgt.

Hessen 2000 steht im Dienste des Bürgers. Wir wollen unsere leistungsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung fortentwickeln. Dies setzt voraus, daß der Öffentliche Dienst Schritt für Schritt attraktiver gestaltet wird. Deswegen sind Einkommensverbesserungen zunächst wichtiger. Die zukünftigen Regelungen der Arbeitszeit für Beamte werden wieder bundeseinheitlich gestaltet. Die bereits eingeleiteten Schritte zur Entbürokratisierung gilt es konsequent fortzusetzen. Gute und bürgernahe politische Arbeit braucht Kontinuität und die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger. Die Direktwahl von Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten verstärkt nicht nur die Identifikation mit dem Gemeinwesen, sondern erhöht vor allem auch die demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger.

Hessen 2000 ist das Kulturland der Mitte. In der Gesellschaft von morgen werden kulturelle Angebote und Einrichtungen immer wichtiger - nicht zuletzt für die Attraktivität eines Wirtschaftsstandortes. Darüber hinaus ist die identitätsstiftende Funktion der Kultur von existenzieller Bedeutung für den einzelnen Menschen und für eine Gesellschaft, die den Idealen der Humanität, der Toleranz und der Freiheit verpflichtet ist. Aufgrund der Freundschaft und der gemeinsamen kulturellen Wurzeln mit Thüringen kann

Hessen einen wichtigen Beitrag für die kulturelle Einheit des vereinigten Deutschlands leisten.

Hessen 2000 steht zu seiner Verantwortung auch über Landesgrenzen.

Die Hessische CDU verkennt nicht, daß eine erfolgreiche Landespolitik den Blick über eigene Landes- und Nationalgrenzen hinweg auf Probleme von weltumspannender Dimension werfen muß. Dazu zählen die Gefährdung des Klimas durch die Belastung der Atmosphäre, der Raubbau an den tropischen Regenwäldern genauso wie die Bedrohung und Zerstörung der schützenden Ozonschicht unserer Erde. Die Bedrohung der Umwelt ist zu einem Problem geworden, das die Menschheit als Ganzes angeht.

Hessen darf sich auch gegenüber den Herausforderungen mit weltweiter Dimension nicht verschließen. Die Hessische CDU ist bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Mit diesem Programm formuliert die CDU Hessen ihre Perspektiven für Hessen 2000.

1. Die Schöpfung bewahren

heißt die Zukunft gewinnen

Hessen ist auch im Umweltschutz Spitze. Wir verbessern kontinuierlich den rechtlichen Rahmen und nutzen konsequent die überlegene Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft für den Umweltschutz. Durch die Fortsetzung ihrer erfolgreichen Umweltpolitik wird die CDU unsere Schöpfung bewahren und damit die Zukunft gewinnen.

Wasser ist die Grundlage des Lebens. Deshalb zählen der Schutz der Gewässer und die Wasserversorgung auch in Zukunft zu unseren zentralen Aufgaben. In Hessischen Flüssen muß man bis zum Jahr 2000 wieder schwimmen können.

- Wasserverschwendung muß gestoppt, der sparsame Umgang mit Wasser muß gefördert werden.
- Das bisher größte Kläranlagenprogramm für das Land Hessen wird ohne Einschränkung fortgesetzt. Bis Mitte der 90er Jahre werden alle Hessischen Haushalte an Kläranlagen angeschlossen sein. Gleichzeitig werden die Phosphat- und Nitrateinleitungen drastisch gesenkt.
- Technologien zur Abwasservermeidung sind fortzuentwickeln. Die Bescheide für Indirekt- und Direkteinleiter in die Oberflächengewässer sind verschärft fortzuschreiben. Die Überwachung und die Anlagensicherheit für Betriebe mit wassergefährdenden Stoffen werden weiter gesteigert.

- Die Grundwasserqualität ist durch Auflagen in Wasserschutzgebieten und die Sanierung von Altlasten zu sichern. Das bundesweit modellhafte Altlastensanierungsprogramm der Landesregierung wird deswegen finanziell und technisch weiter fortentwickelt.

Hessen darf nicht im Müll ersticken. Wir haben das von SPD und Grünen hinterlassene Müllchaos beseitigt. Wir wollen weg von der Wegwerfgesellschaft. Konsequente Müllvermeidung und der Ausbau moderner Verfahren zur Wiederverwertung sind die Etappen zu diesem Ziel.

- Die Biomüllkompostierung ist flächendeckend einzuführen.
- Die klassische Hausmülldeponie wird der Vergangenheit angehören. Auf Deponien darf langfristig nur noch Material ohne biologisch und chemisch reaktionsfähige Bestandteile abgelagert werden.
- In Hessen darf dauerhaft nur noch verbrannt und deponiert werden, was nicht wiederverwertbar ist. Die dann noch notwendigen Müllverbrennungsanlagen sind gemäß dem Landesabfallplan zu errichten, ihr Schadstoffausstoß wird drastisch reduziert.
- Sonderabfall ist weiterhin drastisch zu verringern. Die sichere Entsorgung muß in Hessischen Anlagen gewährleistet sein: Dazu gehören sowohl die Sondermüllverbrennungsanlage in Biebesheim mit drei Öfen als auch die Sondermülldeponie in Mainflingen.

Der Bodenschutz wird verstärkt. Unsere Böden sind einer Vielzahl von Belastungen ausgesetzt. Neben verschiedenen Schadstoffen wird unser Boden auch durch Erosion, Verdichtung und Flächenversiegelung gefährdet. Mit dem Aufbau eines Bodeninformationssystems wird ein wichtiger Beitrag zu einer wirkungsvollen Bodenschutzpolitik geleistet.

Besonderes Augenmerk wird die CDU auf die Sanierung der Altlasten richten. Die Erfassung und Sanierung der Altlastenstandorte muß künftig verstärkt vorangetrieben werden, um unsere Bevölkerung vor Verunreinigungen des Bodens, des Wassers und der Luft zu schützen.

Die Luftqualität in Hessen hat sich deutlich verbessert. Trotzdem wird das Altanlagen-sanierungsprogramm und die konsequente Umsetzung der strengen Grenzwerte zügig fortgesetzt.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge durch technische und verkehrsleitende Maßnahmen weiter vermindert wird.

Dem Kampf gegen Lärmbelästigungen messen wir besondere Bedeutung zu. Deshalb werden wir durch Maßnahmen des aktiven und passiven Lärmschutzes (Lärmschutzwälle, Schutzfenster) Lärm vermeiden oder dämpfen.

Durch die Gründung einer Hessischen Umwelt- und Naturschutzakademie wollen wir dazu beitragen, daß die Fortbildung der Mitarbeiter der gesamten öffentlichen Verwaltung in Umwelt- und Naturschutzfragen, der Dialog zwischen Verwaltung, Verbänden und Industrie sowie die Zusammenarbeit von Wissenschaft, Instituten und Hochschulen intensiviert wird.

Verantwortung für die Schöpfung bedeutet auch Verantwortung für die Tier- und Pflanzenwelt. Mit der bundesweit erstmaligen Berufung eines Tierschutzbeauftragten und der Verabschiedung eines Tierschutzprogramms haben wir die Bedeutung des Tierschutzes für unsere Politik unterstrichen.

2. Herausforderung Wohnungsbau

Ein gutes und preisgünstiges Wohnungsangebot auch in den Ballungszentren ist eine der wichtigsten Aufgaben für die Zukunft. Mit steigendem Wohlstand, der dramatischen Zunahme der Ein-Personen-Haushalte und nicht zuletzt der starken Zuwanderung von Aus- und Übersiedlern ist die Nachfrage nach Wohnraum erheblich gestiegen. Um das Ziel von 130.000 neuen Wohnungen in Hessen in der nächsten Legislaturperiode zu erreichen, müssen vor allem private Investoren mobilisiert werden.

Aber der Markt kann das Wohnungsproblem nicht allein lösen. Das zusätzliche Engagement der öffentlichen Hand ist gefordert. Wir haben den Wohnungsbau in den letzten Jahren wesentlich vorangebracht. Diese erfolgreiche Politik werden wir verstärkt fortsetzen. Deshalb wird eine CDU-geführte Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode

- 30.000 Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau errichten,
- 100.000 Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau durch die von uns in Bonn durchgesetzte Steuerreform und Abschreibungsverbesserungen entstehen lassen,
- weitere Beschleunigungen der Baugenehmigungsverfahren durchsetzen,
- zusätzliches Bauland durch Änderung z.B. des Landesplanungsgesetzes gewinnen,
- neue Sozialwohnungen zu Sozialmiete nur noch für 10 Jahre vergeben, nach denen Kostenmiete fällig wird, die bei Bedürftigkeit dieses Mieters über das Wohngeld sozialverträglich ausgeglichen werden kann,
- dieses Wohngeld zeitnah an die Kostenentwicklung anpassen.

Mit der Einrichtung eines Ministeriums für Landesplanung, Städtebau und Wohnungswesen will die CDU Hessen der zentralen Aufgabe einer guten Wohnungsversorgung Rechnung tragen. Durch

die bessere Koordinierung und Bündelung von Aufgaben sollen schnellstmögliche Entscheidungen im Interesse der Mieter und des Wohnungsbaus getroffen und umgesetzt werden.

3. Hessens Wirtschaft ist Spitze

Hessen verfügt über eine hervorragende Wirtschaftsstruktur und ausgezeichnete Aussichten für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Das gilt besonders für den Dienstleistungssektor.

Die Wirtschaftskraft im Land hat während der rot-grünen Zusammenarbeit der Jahre 1983 bis 1987 stagniert. Die Investitionsneigung im Hessischen Wirtschaftsraum lag weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Die CDU-geführte Landesregierung hat diese Entwicklung zum Positiven umgekehrt. Vertrauen, Berechenbarkeit und Solidität sind wieder Maßstab der Hessischen Politik geworden.

Deshalb nimmt Hessen heute bei der Zahl der neu geschaffenen Arbeitsplätze, dem Rückgang der Arbeitslosigkeit und weiter zunehmenden Investitionen hessischer, nationaler und internationaler Unternehmen eine Spitzenstellung in Deutschland ein. Dazu hat die solide Haushalts- und Finanzpolitik der CDU-geführten Landesregierung maßgeblich beigetragen.

Eine gesunde Volkswirtschaft, die vorhandene Arbeitsplätze sichert und ständig neu schafft, hängt von gesunden Staatsfinanzen entscheidend ab. Deshalb ist eine solide Finanzpolitik ein Markenzeichen der CDU. Der Staat kann nicht dauerhaft mehr ausgeben als er einnimmt. Sonst kommen Geldwertstabilität und wirtschaftlicher Aufschwung gleichermaßen in Gefahr.

Die Hessische CDU wird auch weiterhin eine solide Finanzpolitik machen; das heißt im einzelnen:

- Die Staatsausgaben dürfen nicht schneller wachsen als das Bruttosozialprodukt. In den nächsten vier Jahren wird deshalb das Haushaltswachstum auf jährlich drei bis vier Prozent begrenzt bleiben müssen.
- Mit der Bewältigung des Aufbauwerks im östlichen Deutschland, insbesondere in Thüringen werden auch die Hessischen Staatsfinanzen angespannt. Für wenige Jahre werden wir auch eine etwas höhere Staatsverschuldung hinnehmen müssen. Sie ist aber zur Finanzierung des Aufbauwerks Steuererhöhungen in der Bundesrepublik klar vorzuziehen, wobei die Absicht weiterer Steuersenkungen überprüft werden muß.
- Ziel muß es sein, den Anstieg der Netto-Neuverschuldung des Staates zurückzuschrauben. Die Finanzpolitik der CDU stellt sicher, daß der gewohnte Standard der Bürger Hessens in allen Feldern der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten und keineswegs beschränkt wird.

Als internationaler Verkehrsknotenpunkt ist der Rhein-Main-Flughafen sowohl für die Hessische als auch für die gesamte deutsche Wirtschaft von größter Bedeutung. Damit der Flughafen im internationalen Wettbewerb bestehen kann, unterstützen wir nachdrücklich dessen weiteren Ausbau.

Weitere Ziele der CDU Hessen im Rahmen der Verkehrspolitik sind

- schnellstmöglicher Bau der geplanten Schnellbahnstrecke Köln-Frankfurt zur Entlastung des innerdeutschen Flugverkehrs und zur Anbindung an das europäische Schienennetz,
- Schließung der Autobahnlücken im Bereich der A 66 (sowohl im Fuldaer Raum als auch durch den Alleentunnel in Frankfurt) und der A 49 sowie der autobahnähnliche Ausbau der B 49 zwischen Limburg und Wetzlar,
- intensivere Nutzung der Schienen- und Wasserwege zum Transport von Gütern. Wir unterstützen die Anlage von Güterverkehrszentren an optimalen Standorten zum schnelleren und wirksameren Gütertausch von Straßen auf Schienen- und Wasserwegen.

Nicht zuletzt aus Umweltschutzgründen ist eine verstärkte Arbeitsteilung zwischen privaten und öffentlichen Verkehrsträgern nötig.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist eine wichtige Voraussetzung zur Erschließung neuer Siedlungsgebiete, die für die Entwicklung unseres Landes unerlässlich sind. Die Schienenstränge müssen ausgebaut und in das bestehende Verbundsystem einbezogen werden. Nur so ist auch eine zeitsparende und zukunftsorientierte Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätten zu erreichen.

Der Personennahverkehr im Rhein-Main-Gebiet wird auch in Zukunft durch ein ausgewogenes Zusammenspiel von Individual- und öffentlichem Verkehr bestimmt sein. Der Frankfurter Verkehrsverbund soll deswegen regional erweitert und weiter ausgebaut werden. Die dabei entstehenden Kosten müssen in einer für alle kommunalen Gebietskörperschaften vertretbaren Weise verteilt werden. Ähnliches gilt auch für den Ballungsraum Kassel.

Auch in Zukunft werden wir die Verkehrssicherheit weiter vorantreiben. Hierzu zählt die Verbesserung des Ausbaustandards vieler Strecken und der Einbau von modernen Verkehrsleitsystemen.

An der Schwelle zum Informationszeitalter kommt dem Nachrichtenverkehr eine Schlüsselstellung zu. Wettbewerbsfähigkeit setzt schon heute funktionierende und schnelle Kommunikationsdienste zwingend voraus. Die Länder, die die neuen Techniken beherrschen, geben zukünftig auf den Märkten den Ton an und sichern das Wachstum und die Arbeitsplätze von morgen. Der Ausbau einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur schreitet zügig voran. Bis Ende 1993 soll das moderne digitale Netz ISDN, das neben dem Telefon eine Fülle neuer Dienstleistungen

ermöglicht, flächendeckend angeboten und damit allen Unternehmen und Bürgern Hessens die Möglichkeit zur Nutzung dieses vielfältigen Angebotes eröffnet werden.

Eine ausreichende Versorgung mit Energie ist eine zentrale Voraussetzung für unsere moderne Industriegesellschaft und für ein gutes Investitionsklima. Dabei geht es nicht um Wachstum des Energieverbrauchs um jeden Preis. Durch den verstärkten Einsatz von intelligenter Technik und Kapital kann vielmehr der Energieverbrauch entscheidend reduziert werden, ohne daß Wohlstandsverluste befürchtet werden müssen. Denn effizientere Energieverwendung spart wertvolle und knappe Energievorräte und trägt wesentlich zur Umweltbelastung bei.

Die CDU Hessen tritt für einen sparsameren Umgang mit Energie ein. Maßnahmen zur Energieeinsparung müssen besondere technologische und wirtschaftliche Priorität haben und sollen auch durch den Staat gefördert werden.

Die CDU will jedoch keine einseitige Energiepolitik. Neben der Sicherung der Grundlastentsorgung durch Kohle- und Kernenergie fördern wir die Fortentwicklung alternativer, regenerativer Energien.

Auf absehbare Zeit werden wir auf die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht verzichten können. Deswegen hat die Landesregierung den Weiterbetrieb der kerntechnischen Anlagen auf höchstem Sicherheitsstandard und mit fortdauernder Rechtssicherheit gewährleistet.

Die großen Kraftwerksstandorte Biblis, Großkrotzenburg, Wölfersheim und Borken bleiben gesichert. Höchste Sicherheitsstandards, Umweltverträglichkeit und wirtschaftlicher Nutzen sind die Kriterien der Hessischen Energiepolitik. Wir werden dafür Sorge tragen, daß elektrische Energie zu vernünftigen Preisen angeboten wird. Diese Zusage werden wir auch in Zukunft ständig überprüfen.

Neue Chancen für Nord- und Osthessen

Mit der Vollendung der deutschen Einheit rückt Hessen in die Mitte Deutschlands und Europas und wird Schnittpunkt neuer Ost-West-Verkehrswege sein. Seine verkehrsgünstige Lage wird es als Unternehmensstandort noch attraktiver machen. Diese Entwicklung bietet für den nord- und osthessischen Raum große Chancen. Nord- und Osthessen stehen vor einem grundlegenden Strukturwandel, wenn wir diese Chancen entschlossen nutzen. Dabei ist die Stärkung Kassels für die nordhessische Region von entscheidender Bedeutung. Denn die Entwicklung einer Region wird wesentlich von dem Rang der Infrastruktur und der Zentralfunktion seiner Metropole bestimmt.

Die CDU Hessen hat dafür in der Regierungsverantwortung wichtige Voraussetzungen geschaffen. Beim kommunalen Finanzausgleich, bei der Investitionspauschale, bei der Strukturförderung und bei den staatlichen Hochbaumaßnahmen wurde Nordhessen überdurchschnittlich berücksichtigt. Der Ausbau der Gesamthochschule Kassel wurde konsequent vorangetrieben. Durch die

Errichtung der Landesanstalt für den privaten Rundfunk in Kassel werden in der nordhessischen Metropole die Weichen für eine moderne Medienpolitik in Hessen gestellt. Mit der Ansiedlung des Forschungsinstituts für Solare Energieversorgungstechnik ISET in Kassel wurde ein wichtiger Schritt in die Entwicklung einer zukunftssträchtigen Forschungsinfrastruktur getan.

Diese Politik wollen wir konsequent fortsetzen. Es gilt, die Dynamik des deutschen und europäischen Einigungsprozesses für den weiteren Aufschwung Nordhessens zu nutzen. Dafür ist die Weiterentwicklung seiner Verkehrsinfrastruktur und deren Ausbau nach Osten eine unabdingbare Voraussetzung.

Daher will die CDU Hessen

- den zügigen Bau der Schnellbahnstrecke Dortmund-Kassel und die Anbindung der Räume Thüringen und Sachsen,
- den Ausbau der Ost-West-Achsen im Straßenverkehr. Hierzu gehören die Verlängerung der A 44 Dortmund-Kassel nach Thüringen und die Weiterführung der A 4 über Olpe, sofern die Untersuchungen zum Bundesverkehrswegeplan dies für notwendig erachten. Dies wird selbstverständlich auf der Basis einer umweltverträglichen Planung (z.B. Schonung des Burgwaldes) geschehen,
- die Forschungsinfrastruktur Nord- und Ost Hessens weiterhin ausbauen. Damit stärken wir gleichzeitig die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit, insbesondere der mittelständischen Wirtschaft in dieser Region,
- Kunst und Kultur im nord- und osthessischen Raum konsequent fördern. Der Beitrag dieser neuen Standortfaktoren für den wirtschaftlichen Aufschwung im Norden und Osten unseres Landes kann nicht hoch genug bewertet werden.

4. Familien, Frauen und Kinder in Hessen

Familien- und kinderfreundliches Hessen

Leitbild der CDU Hessen ist die Familie, die geprägt ist von der Partnerschaft zwischen Frau und Mann, zwischen Eltern und Kindern. Die Familie ist die Keimzelle unserer Gesellschaft; hier werden wichtige Erfahrungen gemacht und die Verhaltensweisen eingeübt, die unserer Gesellschaft erst ihr menschliches Gesicht geben: Liebe, Vertrauen, Toleranz, Rücksichtnahme, Konfliktbewältigung, Solidarität und Mitverantwortung. Die Familie steht deshalb unter dem besonderen Schutz des Staates.

Die Lebensbedingungen für Familien haben sich in den vergangenen Jahrzehnten entscheidend verändert: Die Erwerbstätigkeit von Frauen mit kleinen Kindern steigt ständig. In mehr als der Hälfte aller Familien in Hessen mit Kindern im Vorschul- und Schulalter sind beide Eltern berufstätig. Kinderlose Ehen, bei

denen beide Partner arbeiten, haben einen dreimal so hohen Lebensstandard als eine Familie mit drei Kindern und nur einem Einkommen.

Kinder brauchen Raum zum Spielen, Lernen und Wohnen. Ein kinderfreundliches Umfeld zu schaffen, ist ein besonderes Anliegen unserer Politik. Zu einem kinderfreundlichen Hessen gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens. Ziel christlich-demokratischer Politik bleibt es daher, diesem Schutz Rechnung zu tragen.

Mit der Schaffung eines Familien-, Frauen- und Kinderministeriums wird die CDU in Hessen die politischen Rahmenbedingungen für Familien, Frauen und Kinder weiter verbessern:

- Wir wollen einen bedarfsgerechten Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich dafür einsetzen, daß zusätzlich zu der schon verwirklichten Kindergartenförderung in Hessen weitere Kinderbetreuungseinrichtungen für Kinder bis zu 14 Jahren gefördert werden.
- Eine CDU-geführte Landesregierung wird das Konzept der Grundschule mit Betreuungsangebot, in der die Kinder außerhalb der Unterrichtszeit betreut werden, erweitern.
- Wo Bedarf dafür vorhanden ist, soll ein Betreuungsangebot außerhalb der Unterrichtszeit auch für andere Schulformen gefördert werden.
- Kinder brauchen ausreichende Freiräume zur Entfaltung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Deshalb wird die CDU im Sozialen Wohnungsbau darauf hinwirken, größere Kinderzimmer vorzusehen.
- Bei der Planung des Wohnumfeldes sollen in Zukunft sichere und interessante Spielplätze stärker berücksichtigt werden. Dazu soll z.B. in einem Landeswettbewerb nach Möglichkeiten einer verbesserten und nachahmenswerten Spielplatzgestaltung gesucht werden.
- Eine Hessische Familienstiftung, die Familien in Not hilft, soll gegründet werden.
- Die Steuerpolitik der CDU hat Benachteiligungen von Familien entgegengewirkt. Wir wollen, daß die Arbeit in der Familie ebenso anerkannt wird wie die Erwerbsarbeit. Unsere Politik der Steuerentlastung für Familien soll fortgesetzt werden.
- Die Förderung des Breitensportes ist eine wichtige Voraussetzung für die sportliche Betätigung aller Generationen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird sich weiterhin für den Neubau, die Modernisierung und die funktionsgerechte bauliche Unterhaltung vereinseigener Anlagen sowie die Anschaffung langlebiger Sportgeräte einsetzen und die entsprechenden Finanzmittel bereitstellen.

- In Anlehnung an das Programm "Jugendsport gewinnt" sollen besondere Anstrengungen unternommen werden, den Behindertensport, Koronarsportgruppen und den Sport für Ältere ("Senioren-sport gewinnt") zu fördern.

Hessen - ein frauenfreundliches Land

Die Frauenpolitik der CDU-Hessen wird bestimmt durch das heutige Selbstverständnis und ein neues Selbstbewußtsein der Frauen. Ziel ist es, unterschiedlichen Wertorientierungen und Lebensstilen gerecht zu werden. Im Schul-, Ausbildungs- und Hochschulbereich sind heute Mädchen und Jungen gleichermaßen erfolgreich. Junge Frauen wünschen sich Familie und Kinder, viele möchten nicht dauerhaft auf eine Erwerbstätigkeit verzichten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher ein wichtiges Ziel für ein frauenfreundliches Hessen.

Die CDU will in Hessen die Rahmenbedingungen für Frauen weiter verbessern:

- Um die Berufstätigkeit und beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen zu verbessern, sollen dazu die Entwicklung von Modellen gefördert werden.
- Die Hessische CDU will Wiedereingliederungshilfen für Berufsrückkehrerinnen ausbauen.
- Dezentrale Ausbildungslehrgänge sollen geschaffen werden, die besonders für Frauen im Öffentlichen Dienst interessant sind.
- Die Hessische CDU setzt sich für Arbeitszeiten ein, die sich den individuellen Bedürfnissen der Frauen und berufstätigen Mütter anpassen.
- Wohnortnahe Arbeitsplätze sollen in der Flächen- und Siedlungspolitik berücksichtigt werden.
- Bei der Planung des Wohnumfeldes sind die Interessen von Frauen zu berücksichtigen (z.B. durch sinnvolle Planung der Wege zu Einkaufsgelegenheiten).
- Der weitere Ausbau von Sozialstationen, die die Pflegeperson entlasten oder im Urlaub vertreten helfen, wird besonders den Frauen zu gute kommen.
- Die bedarfsgerechte Unterstützung von Bildungsstätten für Frauen, Eltern und Familien wird den vielfältigen neuen Herausforderungen in unserer Gesellschaft gerecht.
- Der Schutz vor Gewalt gegen Frauen soll weiter ausgebaut werden.
- Das Angebot besonderer Suchthilfen für Frauen wird erweitert werden.

5. Zukunftschancen für alle

Ältere Menschen

Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann auf die Erfahrung des Alters für die Gestaltung der Zukunft nicht verzichten. Wir brauchen die Zusammenarbeit von Jung und Alt. Dies umso mehr, als sich die Altersstruktur rapide zugunsten der älteren Menschen ändert. Ältere Menschen haben einen Anspruch auf ein Leben in Selbständigkeit und Würde, dem die Politik gerecht werden muß. Die CDU Hessen wird deshalb die Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Leben im Alter weiter verbessern.

Um die Selbständigkeit der Menschen im dritten Lebensabschnitt zu sichern und zu fördern, will die CDU

- eine eigenständige Absicherung des Pflegefallrisikos im Alter außerhalb der Sozialhilfe im Bundesrat durchsetzen,
- die Einrichtung weiterer Sozialstationen, um die ambulante pflegerische Betreuung durch soziale Dienste zu verbessern,
- die besondere Unterstützung der Pflegekraft der Familie, des nachbarschaftlichen Engagements und der Tätigkeit der Wohlfahrtsverbände bei der Betreuung älterer Menschen,
- den Auf- und Ausbau eines qualifizierten Geriatrie- und Rehabilitationsangebotes für ältere Menschen. In jedem Kreis soll deshalb eine geriatrische Versorgung angeboten werden. Dabei gilt der Grundsatz: Vorsorge geht vor Rehabilitation und Rehabilitation geht vor Pflege,
- die deutliche Aufstockung der Investitionsmittel für Altenhilfeeinrichtungen und Krankenhäuser im Rahmen einer neuen "Hessischen Sozialen Investitionsoffensive",
- die Förderung von Maßnahmen, die das Berufsbild des Alten- und Krankenpflegers attraktiver machen,
- die Unterstützung von Maßnahmen der freien Träger und Vereine, ältere Menschen noch stärker für Sport, Kultur und Bildung zu aktivieren,
- die Weiterentwicklung des Beratungs- und Bildungsangebots speziell für Ältere,
- die Errichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie an einer Hessischen Hochschule,
- die weitere Förderung von Seniorenvertretungen.

Behinderte Menschen

Körperlich, geistig oder seelisch behinderte Mitmenschen bedürfen in besonderem Maße der Zuwendung und des Schutzes. Behinderte sind unsere Partner.

Daher gelten unsere besonderen Bemühungen

- der verstärkten Förderung von Einrichtungen der Früherkennung und Frühförderung,
- Maßnahmen der Ausbildung und beruflichen Förderung von Behinderten,
- dem behindertengerechten Wohnungsbau,
- der Unterstützung von freien Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Behindertenverbänden, Eltern von Behinderten und Vereinen, die den Behinderten eine sinnerfüllte Lebensgestaltung ermöglichen.

Junge Menschen

Hessen kann auf die Phantasie, die Kreativität und die Leistungsbereitschaft seiner Jugend nicht verzichten. Jugendliche und junge Menschen müssen sich aus freiem Entschluß gesellschaftlich und politisch engagieren können. Wir wollen dieses Engagement weiter fördern. Aber wir wissen auch: Öffentliche Jugendhilfe kann nicht das vielfältige Angebot und den persönlichen Einsatz der Jugendverbände und -vereine ersetzen oder ihnen Konkurrenz machen wollen. Die Jugendarbeit lebt vom ehrenamtlichen Einsatz.

Die CDU Hessen will

- die finanzielle Förderung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit. Jungen Menschen muß ein breites, eigenverantwortliches Betätigungsfeld eröffnet werden, das nicht durch Ideologisierung geprägt sein darf,
- die Schaffung einer Hessisch-thüringischen Jugendbegegnungsstätte,
- ein Hessisches Ausführungsgesetz zum neuen Kinder- und Jugendhilferecht und ein Landesjugendplan, der den aus den fünfziger Jahren stammenden "Hessenjugendplan" ablöst,
- die Einrichtung eines zentralen Anlaufpunktes der Europäischen Gemeinschaft, der junge Menschen über die verschiedenen Programme zur sprachlichen und kulturellen Bildung sowie die beruflichen Möglichkeiten in den EG-Partnerstaaten informiert. Zu seinen Aufgaben sollte ferner die Veranstaltung eines regelmäßigen "Europäischen Jugendforums" als Plattform für die Begegnung junger Menschen zählen,

- neue Anreize für das freiwillige soziale Jahr durch Gewährung von Vergünstigungen wie z.B. eines Bonus bei der Vergabe von Studienplätzen.

Kampf gegen Suchtgefahren

Die Rauschgiftsituation hat sich weltweit dramatisch verschärft. Der Teufelskreis von Drogensucht und Drogenkriminalität muß durchbrochen werden. Mit der Fortschreibung des Hessischen Drogenprogramms zu einem Suchthilfeprogramm, das auch die Substitution mit Methadon umfaßt, haben wir wegweisende Schritte für eine konsequente Bekämpfung des Alkohol-Medikamenten- und Drogenmißbrauchs eingeleitet.

Unsere künftigen Anstrengungen werden sich auf eine Verstärkung der Prävention - besonders im Rahmen des Erziehungsauftrags der Schulen - richten. Eine Verdichtung des Netzes der Jugend- und Drogenberatungsstellen, ein weiterer Ausbau des stationären Therapieangebotes, des Methadonprogramms und der Nachsorge sind ebenso notwendig wie die Suchtforschung.

Die CDU Hessen wird dieses drängende Problemfeld zu einer zentralen Aufgabe einer von ihr geführten Regierung machen.

6. CDU Hessen

- Garant für Sicherheit und Recht

Den Inneren Frieden bewahren

Durch die CDU-geführte Landesregierung wurde die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes entscheidend verbessert. Neue Sicherheitsgesetze und Verordnungen, personelle Verstärkung und technische Modernisierung der Polizei haben uns bei der Verbesserung der Inneren Sicherheit ein gutes Stück vorangebracht. Jetzt geht es darum, die Polizei auf die Herausforderungen der 90er Jahre vorzubereiten.

Die CDU Hessen tritt dafür ein

- Polizeibeamte von polizeifremden Verwaltungsaufgaben zu entlasten, damit sie sich verstärkt den eigentlichen Polizeiaufgaben widmen können,
- die personelle Situation der Polizei weiter zu verbessern,
- den gehobenen Dienst für Beamte des mittleren Dienstes zu öffnen und neue Stellen im höheren Dienst der Polizei zu schaffen,
- in Hessen eine zentrale Europäische Polizeibehörde zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität einzurichten.

Diese Maßnahmen sollen dazu beitragen, die Polizei zu einem modernen, leistungsfähigen Dienstleistungsunternehmen auszubauen. Nur so kann es gelingen, Sicherheit, Freiheit und Eigentum der Bürger in Zukunft zu schützen.

Die Feuerwehren und die anderen Hilfsorganisationen unseres Landes leisten im Brand- und Katastrophenschutz Erhebliches. Die CDU wird in Anerkennung dieser ehrenamtlichen Leistungen die notwendigen Mittel im Landeshaushalt bereitstellen, damit diese auch künftig die Sicherheit unserer Bürger gewährleisten können.

Die CDU Hessen bekennt sich zum Recht auf politisches Asyl und zur Solidarität mit politisch Verfolgten. Wer aus politischen, rassistischen oder Glaubensgründen verfolgt wird, muß bei uns Asyl finden können. Aber das Recht auf Asyl darf nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt und gefährdet werden. Die Initiative der CDU-geführten Landesregierung im Bundesrat zur Begrenzung des Asylrechtsmißbrauches hat ebenso wertvolle Verbesserungen erbracht wie die Einrichtung einer zentralen Abschiebebehörde.

Die CDU Hessen fordert weiterhin, daß die Entscheidung über Asylanträge in erster Instanz grundsätzlich vom Einzelrichter getroffen werden soll. In einem Europa der offenen Grenzen ist die Harmonisierung des Asylrechtes notwendig. Die CDU Hessen setzt sich für eine Ergänzung des Grundgesetzes ein, damit unser nationales Asylrecht dem Standard in der Europäischen Gemeinschaft angepaßt werden kann.

Recht sichert Freiheit

Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität, insbesondere im Drogenbereich, erfordert weitere organisatorische Anstrengungen. Die Staatsanwaltschaft muß in die Lage versetzt werden, noch stärker als bisher das organisierte Verbrechen wirkungsvoll zu bekämpfen. Voraussetzung hierfür ist der weitere Ausbau der von der Hessischen Landesregierung eingerichteten Zentralstelle für die Bekämpfung der organisierten Betäubungsmittelkriminalität.

Die CDU Hessen wird eine Reform der Juristenausbildung anstreben, um die Konkurrenzfähigkeit deutscher Juristen auch in der Europäischen Gemeinschaft nach 1992 zu sichern. Der Schutz der Persönlichkeitsrechte im Strafverfahren und in der Öffentlichkeit sowie die gesetzliche Ausformung der Untersuchungshaft zur Sicherung der Unschuldsvermutung sind bedeutsame rechtspolitische Anliegen. Die CDU Hessen tritt für einen modernen, am Schutz der Allgemeinheit ausgerichteten, aber auch am Ziel der Resozialisierung orientierten Strafvollzug ein. Es bleibt das Ziel der CDU Hessen, die Attraktivität der schwierigen Dienste im Justizvollzug, insbesondere der Beamtinnen und Beamten im allgemeinen Vollzugsdienst weiter zu verbessern.

Die CDU Hessen ist bestrebt, die Anliegen der Bürger besser und schneller in Einzelfällen vertreten zu können. Deshalb wird die CDU ein Petitionsgesetz einbringen, das diesem Anliegen

gen Rechnung trägt. Das Prüfungs- und Auskunftsrecht des Landtags im Petitionsverfahren muß verbessert werden. Aus diesem Grunde fordert die CDU die Einrichtung eines Bürgeranwalts für Hessen.

7. Bildungspolitik im europäischen Wettbewerb

In Hessen macht Schule wieder Spaß

Im Mittelpunkt der Schulpolitik muß das Kind mit seinen unterschiedlichen Begabungen und Neigungen stehen. Wir wollen ihm das Wissen und die Fähigkeit vermitteln, die es für das Leben und den Beruf braucht. Weil Kinder unterschiedliche Begabungen und Neigungen haben, werden sie am besten in unterschiedlichen Bildungsgängen gefördert. Daher gelten für die Schulpolitik der CDU folgende Grundsätze: Freiheit der Schulwahl, Elternrecht und Vielfalt der Schulformen.

Für die meisten Eltern und Schüler in Hessen ist die Schulwahlfreiheit Wirklichkeit geworden.

Das ständige Bemühen um die Qualität der Schule sowie die Einführung solider Stundentafeln führen zu guten Ergebnissen. Hessens Schulen sind besser geworden.

Wir wollen

- die freie Schulwahl im Anschluß an die Grundschule für alle Eltern und Kinder in Hessen durchsetzen.
In einigen Gebieten des Landes wird die Schulwahlfreiheit noch von der SPD blockiert. Sie mißachtet das Elternrecht. Das werden wir ändern: Denn das Elternrecht ist unteilbar. Wir wollen deshalb die Schulwahlfreiheit in einem zweiten Schulfreiheitsgesetz überall durchsetzen. Wir werden die Gleichbehandlung der Schulen in freier Trägerschaft mit den staatlichen Schulen weiter verbessern und dadurch die Schulvielfalt in Hessen erweitern,
- die Unterrichtsversorgung weiter verbessern.
Noch nie gab es in Hessen so viele Lehrer im Verhältnis zur Zahl der Schüler. Trotz sinkender Schülerzahl gibt es im Schuljahr 1990/91 erstmals seit vielen Jahren wieder mehr Lehrer als im Vorjahr. Wir werden unsere Anstrengungen gezielt fortsetzen und auch in Zukunft für eine ständige und bedarfsgerechte Lehrereinstellung und für pädagogisch vernünftige Klassengrößen sorgen,
- den Unterrichtsausfall bekämpfen.
Erstmals in der Hessischen Schulgeschichte gibt es eine echte Lehrerreserve, damit Unterrichtsausfall durch längere Krankheiten und Mutterschutzfristen vermieden werden kann. Dieser gute Ansatz muß weiter ausgebaut

werden. Die Eltern müssen sich darauf verlassen können, daß der Stundenplan auch eingehalten wird,

- gute Lehrpläne für die Schulen erstellen.
Durch die CDU-Regierung wurden erstmals nach 20-jähriger Unterbrechung wieder schulformgerechte Lehrpläne entwickelt. Damit kann die pädagogische Arbeit auf eine solide Grundlage gestellt werden. Diese Aufgabe muß in den nächsten Jahren vollendet werden,
- die Arbeits- und Unterrichtsbedingungen der Lehrer verbessern,
- die Förderung einer bedarfsgerechten allgemeinen und beruflichen Weiterbildung,
- die beruflichen Schulen modernisieren.
Ihre technische Ausstattung und die praxismgerechte Fortbildung ihrer Lehrer muß verbessert werden. Die beruflichen Schulen müssen in der Lage sein, ihre Schüler auch für die Berufe von morgen auszubilden. Sie sollten mit den Gymnasien um die besten Schüler konkurrieren,
- die Hauptschüler und Realschüler durch eigenständige Schulformprofile fördern.
Diese wurden in dem Programm zur Förderung der Hauptschüler in Hessen bereits beispielhaft entwickelt,
- die Eigenverantwortung der Schulen stärken.
Dies soll durch den weiteren Abbau überflüssiger Vorschriften, gesicherte Schulleiterkompetenzen und die Möglichkeit, schuleigene pädagogische Schwerpunkte zu bilden, geschehen. Wir wollen Schulen mit musikischem, sportlichem, fremdsprachlichem und naturwissenschaftlichem Profil,
- die Hessischen Schüler auf Europa vorbereiten.
Der europäische Binnenmarkt bedeutet härteren Wettbewerb, aber auch größere Chancen. Damit die Hessischen Schüler darauf vorbereitet sind, haben wir bereits den Fremdsprachenunterricht verstärkt. Wir werden das Fremdsprachenangebot erweitern und den europäischen Schüleraustausch verstärken;
- die gymnasiale Ausbildungszeit im Rahmen eines Schulversuchs um ein Jahr straffen.
Dabei muß die volle Studierfähigkeit erhalten bleiben. Die Schule muß einen Beitrag dazu leisten, um der Überalterung der deutschen Absolventen entgegenzutreten, damit unsere Jugend im internationalen Wettbewerb besser bestehen kann.

Zukünftige Hochschulpolitik

Die wissenschaftliche Ausbildung junger Menschen und die Forschungskraft der Hessischen Hochschulen sind ein Gradmesser für die Zukunft unseres Landes. Ihre Leistungsfähigkeit und ihre Entwicklungsperspektiven werden mit darüber entscheiden,

ob Hessen seinen Platz als wirtschaftsstarkes Bundesland behaupten kann.

Die Hochschulen leiden nach wie vor an ihrer Überlastung. Die Anzahl der Studierenden wird sich auch im kommenden Jahrzehnt nicht wesentlich verringern.

Die CDU-geführte Landesregierung unter Walter Wallmann hat nach Regierungsübernahme die Mittel der Hochschulen erheblich erhöht, so daß eine Ausweitung des numerus clausus vermieden, Forschung abgesichert und ein wichtiger Beitrag zur Sicherung angemessener Studienbedingungen für die junge Generation geleistet werden konnte.

Mit der Änderung des Hochschulrechts wurden bereits wesentliche Verbesserungen erreicht.

Wir wollen

- bessere Beratung und Betreuung der Studienanfänger ermöglichen, um so die Übergangsschwierigkeiten von Schule zur Hochschule zu beheben,
- die Studienzeiten z.B. durch Überarbeitung des Lehrstoffes und Straffung des organisatorischen Ablaufs verkürzen. Die Qualität der Ausbildung darf dabei nicht gemindert werden,
- die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Graduiertenförderung und zum Ausbau der Graduiertenkollegs erweitern. Das Fiebiger-Programm zur Schaffung neuer Stellen für Hochschullehrer soll 1 % der Professorenstellen (d.h. ca. 20 Stellen pro Jahr) abdecken,
- das Programm zur Schaffung studentischen Wohnraums besonders für Studierende mit Kindern fortsetzen,
- die Hessischen Hochschulbibliotheken verstärkt fördern,
- eine Rektorratsverfassung mit der einmaligen Wiederwahl eines auf vier Jahre gewählten Rektors einführen,
- das Amt des Dekans vom Amt des leitenden ärztlichen Direktors in den medizinischen Fakultäten trennen
- die studentische Selbstverwaltung so reformieren, daß in Zukunft der Mißbrauch dieser sinnvollen Einrichtung ausgeschlossen werden kann.

Neben dem gesetzlichen Regelungsbedarf sollte sowohl für die Hessischen Hochschulen als auch für die Fachhochschulen ein Plan für alle Ausbau- und Entwicklungsmaßnahmen erstellt werden, der klare Prioritäten setzt und mit den Hochschulen abgesprochen ist.

8. Hessen - Kulturland der Mitte

Kultur schafft Menschlichkeit und Freiheit. In ihr liegen wichtige Quellen für die Entwicklung des Menschen, sein persönliches Leben und sein Zusammenleben mit anderen. Die Gesellschaft der 90er Jahre wird ein erweitertes kulturelles Angebot einfordern. Denn der gestiegene Umfang an Freizeit, läßt auch neue Ansprüche an die Kultur entstehen. Deshalb hat sich der kulturelle Sektor bereits heute zu einem Wachstumsbereich entwickelt, die kulturelle Attraktivität einer Region ist zu einem maßgeblichen Standortvorteil geworden. Diese Vorteile wollen wir für unser Land nutzen.

Als Kulturland der Mitte kommt Hessen für die kulturelle Entwicklung des geeinten Deutschlands eine besondere Bedeutung zu. Die CDU-geführte Landesregierung unter Walter Wallmann hat diesem Anspruch durch die Errichtung einer Kulturstiftung, den Ausbau der Hessischen Theaterlandschaft und die Pflege unserer gemeinsamen kulturellen Wurzeln mit unserem Nachbarland Thüringen Rechnung getragen. Diese Kulturpolitik wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Wir wollen

- die Gründung einer eigenen Akademie der Wissenschaften. Diese Akademie soll sich bei einem modernen Zuschnitt durch allerhöchstes Niveau auszeichnen. Aktuelle wissenschaftliche Fragen sollen in diesem Rahmen interdisziplinär und projektbezogen bearbeitet werden. Personell sollte sich die Akademie vor allem aus Mitgliedern aus Hessen und Deutschland zusammensetzen, zugleich aber auch für internationale Wissenschaftler offenstehen,
- sicherstellen, daß Hessische Museen ihrer Aufgabe des Sammelns, Forschens und Präsentierens auch weiterhin gerecht werden können. Neben dem Hessenpark werden wir die Kommunen bei der Schaffung von Heimatmuseen weiter unterstützen, mit denen Heimatbewußtsein geweckt und das Brauchtum der einzelnen Regionen Hessens gepflegt werden soll,
- einen Hessischen Musikschulentwicklungsplanes durch den Hessischen Städte- und Landkreistag in Zusammenarbeit mit dem Verband der Musikschulen erstellen lassen,
- die Dirigenten von Gesang- und Musikvereinen fördern,
- den Ausbau der Bibliotheksversorgung im ländlichen Raum, besonders durch die Einrichtung von Fahrbibliotheken,
- unsere Landestheater einschließlich der Kinder- und Jugendtheater weiter verbessern. Dies soll auch besonders der Theaterversorgung im ländlichen Raum zugute kommen.

9. Politik für den ländlichen Raum

Der ländliche Raum muß auch in Zukunft lebenswert sein. Der Europäische Binnenmarkt wird nicht nur die Ballungsgebiete auf die Probe stellen, sondern auch den ländlichen Raum. Wir wollen verhindern, daß sich das Gefälle zwischen den hochverdichteten Regionen und den ländlichen Gebieten weiter vergrößert. Ländliche Gebiete müssen mit ihrer Infrastruktur, ihrer Landwirtschaft, ihrer gewerblichen Wirtschaft und ihrem Dienstleistungssektor weiterentwickelt werden. Der technische und wirtschaftliche Fortschritt darf nicht an ihnen vorbeigehen.

Unser langfristiges Ziel muß es sein, wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu schaffen. Dem trägt die CDU-geführte Landesregierung mit dem Hessenkonzept "Ländlicher Raum" Rechnung. Wir wollen die Aktivitäten und Initiativen der Menschen im ländlichen Raum mit verschiedenen Maßnahmen des Landes besser koordinieren und sie damit unterstützen.

Die CDU Hessen ist Anwalt der Bauern. Unsere Politik richtet sich nach dem Leitbild eines unternehmerischen und am Markt orientierten Landwirts im bäuerlichen Familienbetrieb. Mit seiner Arbeit leistet er einen unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt unserer Kulturlandschaft.

Unser Ziel bleibt: In Hessen eine flächendeckende Landbewirtschaftung durch Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe zu sichern, allen Betriebsformen gleiche Chancen in der Entwicklung zu geben und die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Hessische Agrarwirtschaft auch im Europäischen Binnenmarkt 1992 wettbewerbsfähig bleibt.

Die CDU Hessen will

- die Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Familienbetriebe durch Erlösverbesserung und Kostensenkung stärken,
- die Marktstruktur und der Absatzwege weiter verbessern,
- die Marktpreise stabilisieren,
- die landwirtschaftliche Beratung spezialisieren und intensivieren,
- ökologische Erfordernisse in ökonomische Entscheidungen einbinden,
- Marktnischen für Landwirte konsequent nutzen und den Anbau nachwachsender Rohstoffe fördern,
- gezielte Einkommenshilfen bereithalten,
- die Qualität des Hessischen Weinbaus stärken.

Hessen ist das waldreichste Bundesland. Unser Wald prägt unsere Landschaft. Er ist unentbehrlicher Bestandteil eines gesunden Lebensraumes. Gleichzeitig stellt der Wald durch

wirtschaftliche Nutzung Rohstoffe und Arbeitsplätze bereit. Forstpolitik muß Vorsorge für kommende Generationen sein.

Durch Orkane sind in den Hessischen Wäldern verheerende Schäden angerichtet worden. Daher kommt der Wiederaufforstung eine besondere Bedeutung zu.

Die CDU tritt ein für

- eine Wiederaufforstung, die auf die lokalen Gegebenheiten Rücksicht nimmt,
- eine deutliche Erhöhung des Laubholzanteils und vermehrte Begründung von Mischwäldern,
- die Verstärkung des Waldbaus auf ökologischer Grundlage (naturnaher Waldbau),
- die Bereitstellung von Aufforstungsbeihilfen für den Staatswald, für die privaten und kommunalen Waldbesitzer.

Ein verbesserter Schutz der Natur auf größeren Flächen ist die Leitlinie unserer Naturschutzpolitik. Wir treten ein für den Arten- und Biotopschutz als ganzheitlicher Schutz von Lebensgemeinschaften und Lebensstätten. Daher wollen wir den Verbund von Biotopen in artensichernden Biotopnetzen verwirklichen.

Es kann nicht allein Aufgabe des Staates sein, bedrohte Lebensräume für Pflanze und Tier zu schützen. Wir sind genauso auf die freiwillige Teilnahme angewiesen. Deshalb setzen wir bei unserer Naturschutzpolitik nicht auf einseitigen Druck von oben, sondern auf die Anwendung marktwirtschaftlicher Instrumente, um großflächige Biotope zu schützen. Der Vertragsnaturschutz als Instrument zur freiwilligen Mitarbeit von Grundeigentümern und Kommunen wird daher weiter ausgebaut.

Die CDU Hessen wird sich für ein freiwilliges ökologisches Jahr einsetzen. Analog dem sozialen Jahr soll es engagierten jungen Menschen die Möglichkeit bieten, im Natur- und Umweltschutzes tätig zu werden.

Die "Hohe Rhön" ist Rückzugsgebiet zahlreicher seltener Tier- und Pflanzenarten und gewinnt dadurch ihren einmaligen landschaftlichen Charakter. Die CDU Hessen setzt sich daher für ein nationales Naturreservat "Hohe Rhön" ein. Dieses soll insbesondere dem Schutz der vom Menschen geschaffenen Kulturlandschaft und dem Aufbau naturnaher Waldbestände dienen. Durch den sanften Tourismus soll die Bevölkerung an der Schönheit dieser Landschaft teilhaben.

10. Hessen und Europa

Hessen ist als bedeutender Wirtschaftsstandort und Drehscheibe des Verkehrs international und europäisch orientiert. Es ist als erstrangiges europäisches Dienstleistungszentrum und als attraktiver Produktionsstandort für Banken, Versicherungen,

Messen, Tourismus, High Tech und High Chem Industrien, Medien und Kommunikationswirtschaft ein Motor Europas.

Hessen verfügt auch über eine florierende Forschungslandschaft. Neben den Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen befinden sich in Hessen die Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt, zahlreiche Max-Planck-Institute, Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft und weitere Forschungseinrichtungen. Hinzu kommen das Europäische Space-Operationen Center ESOC sowie das Europäische Meteorologische Satellitenzentrum EUMETSAT in Darmstadt.

Hessen unterstützt verstärkt Forschungsschwerpunkte und den Ausbau der Forschungsinfrastruktur auf den Gebieten, die für Hessens Zukunft in Europa entscheidend werden, darunter die Molekularbiologie, die Materialwissenschaften, die Informatik und die Umweltforschung. Wir wissen, daß eine kooperationsbereite Forschungslandschaft von zunehmendem Gewicht für Standortentscheidungen und Innovationsfähigkeit der Wirtschaft ist. Daher setzt die CDU Hessen auch weiterhin auf Drittmitelforschung und Technologietransfer als neue Formen der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Technik.

Die veränderte politische und militärische Situation in Osteuropa, die Vereinigung Deutschlands und die Integration Europas erfordern auch die Entwicklung neuer Sicherheitsstrukturen für eine europäische Friedensordnung. In diesen Prozeß wird die CDU Hessen auch weiterhin die Hessischen Interessen erfolgreich einbringen. Unser Ziel bleibt auch in Zukunft, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

Im Europa der Zukunft werden Menschen unterschiedlicher Nationalität und Herkunft miteinander leben - Toleranz und Solidarität sind dafür unverzichtbare Voraussetzungen. Ein gemeinsames kommunales Wahlrecht für die Angehörigen der EG-Mitgliedsstaaten kann es jedoch erst geben, wenn die politische Integration Europas die Qualität eines Staates erreicht hat. Bis zu diesem Zeitpunkt muß das Wahlrecht auf allen Ebenen mit der deutschen Staatsbürgerschaft verbunden bleiben. Ein kommunales Wahlrecht für Ausländer lehnen wir deshalb ab.

Heute werden auf allen Feldern der Politik die Weichen für eine gute Zukunft unseres Hessenlandes in Deutschland und Europa gestellt. Wir benötigen alle Kräfte des Verstandes und des Herzens, um die vor uns liegenden Aufgaben zu bewältigen. Mit Arbeitsfreude, Entschlossenheit und Mut gehen wir ans Werk.